

Korrespondent

(A)

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. November 1918

Einzelnenpreis: Berechnungs-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltenen Zelle; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 131

An unsere Leser!

Während in den allermeisten Städten der Generallstreik zur Durchführung der Revolution sich auf einen Tag beschränkte, glaubte man in Leipzig zwei Tage notwendig zu haben, obwohl am 9. November auch der Rücktritt des Kaisers erzwungen war. Infolge Ausdehnung des Generallstreiks noch auf den 11. November konnten Drucklegung und Versand von Nr. 131 an jenem Tage nicht möglich gemacht werden, zudem die verlangte Gleichstellung des „Korr.“ mit den Leipziger Tageszeitungen, deren Erscheinen durch den Generallstreik bei gewisser Verpflichtung unberührt blieb, nicht zu erreichen war. Am 12. November hat mithin der „Korr.“ aus dieser Ursache nicht erscheinen können. Für die ausgefallene Nummer wird in nächster Woche Ersatz geboten, indem trotz des Allgemeinen Buhstags diesmal drei Nummern herausgegeben werden.

Einige Inserate für Nr. 131 müssen für die nächste Nummer Zurückstellung finden.

Redaktion und Expedition des „Korrespondent“.

Des Allgemeinen Buhstags wegen muß Nr. 134 schon am 18. November fertiggestellt werden. Alle für jene Nummer bestimmten Bekanntmachungen usw. müssen deshalb schon Montag früh in unsere Hände sein.

Zum Frieden und zur Demokratie

XI. Umsturz in Deutschland.

In einer seiner letzten Abendausgaben schrieb das seit langem eine verständige Haltung in allem währende „Leipziger Tageblatt“, das Sensationellste sei, daß der sozialdemokratische Mehrheitsführer Ebert nach 24 Stunden noch Reichskanzler ist. Das kann als Charakteristikum unsrer Tage gelten, wo erdbebengleiche Ereignisse sich in Intervallen von wenigen Stunden abspielen.

Noch ist es nicht Tatsache, von einer Beendigung des Weltkriegs durch die Weltrevolution zu sprechen. Unkontrollierbare Gerüchte ließen zwar zu Anfang dieser Woche die rote Flagge auch in französischen und englischen Häfen wehen. Jedoch der Wunsch war vorerst hier noch der Vater des Gedankens.

In Deutschland aber hat die Woche vom 3. bis 9. November tatsächlich die Revolution gebracht. Mit einer Soldatenerhebung fing es an. Die Kieler Matrosen wurden zu Missionaren von ihr. Wie der Blitz zündete die Kieler Ereignisse. In der Arbeiterschaft flammte es auf, und wie ein rasender Präriebrand wälzten sich nun die revolutionären Bogen von der Ost- und Nordseeküste her über Großstadt zu Großstadt, schnell überspringend auf die mittleren und kleineren Orte, so daß im Augenblick keine nennenswerte Stadt in Deutschland anzufragen sein wird, die nicht von dem fengenden Feuer erfasst worden wäre. Die Schiffe von Serajewo am 28. Juni 1914, die den nunmehr mißamteten vielen Potentaten hinweggesetzten Kaiser und seine Regierung bestimmten, Österreich-Ungarn die echt habsburgisch gedankte Nibelungentreue zu wahren, und die von Kiel am 3. November 1918 — welche Fernwirkung und wach ungeheure Tragweite für jeden einzelnen im Volke! Theodor Wolff kleidete im „Berliner Tageblatt“ das riesenhafte Geschehen bildkräftig in die Worte:

Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit

allen, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so feste gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlaufe genommen worden ist.

Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinander verflochten, so tief eingewurzelt war, daß er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien.

Wer könnte ernsthaft bestreiten, daß die russische Revolution in der ersten Märzhälfte 1917 und dann die der ersten Novembertage 1917 mit dem Siege der Bolschewisten sich in ihrer Bedeutung nicht zu messen vermag an dem deutschen Umsturz? Die deutsche Revolution von 1848 wieder war bürgerlichen Charakters, während wir jetzt die Erhebung des Militärs mit der Arbeiterschaft erlebt haben. Auch in ihrem fast unblutigen Verlauf — in Kiel, Hamburg und Berlin wurde am meisten geschossen bei frohem nur geringen Opfern —, ihrer allgemeinen Ausbreitung wie in dem eilenden Tempo ihrer Durchführung steht die deutsche Revolution von 1918 allen gleichen oder ähnlichen Bewegungen weit voran. So kann sie mit Zug die größte aller Revolutionen genannt werden, ohne daß schon eine Weltrevolution daraus geworden wäre. Das dürfte sie aber noch werden, denn, so unschuldig, wie sich die Militärs gern geben, sind sie wirklich nicht an dem Weltkriege. Sein Ausklang in der Weltrevolution wäre daher gewissermaßen ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit.

Was an dem Gerüchte wahr gewesen ist, daß die Kieler Flotte noch zu einer großen Schlacht gegen die englische Marine ausfahren sollte, steht noch nicht fest. Es hat jedoch die Beunruhigung unter den Matrosen ähnlich groß gesteigert, wie die 600000 Einberufungen in den letzten Wochen zum Landheer ebenfalls den Glauben an eine neue Aktion aufkommen ließen. Der Widerwillen gegen noch längere Kriegsdauer, die um sich fressende Auflehnung gegen die Militärdiktatur mit allen ihren Ungerechtigkeiten, die Kamferei der Offiziere und daneben das Ernährungselend an der Front wie daheim, Zustände von Korruption mancher Art, die sorgföhlte Verjüngung des Offizierkorps mit zunehmendem Bims sogar der Frontmannschaften sowie vieles andre haben zusammengewirkt und auch ohne den jedenfalls übertriebenen bolschewistischen Beistand — NB, die Matrosen als treibender Keil konnten seiner doch am wenigsten feilhaftig geworden sein! — zu einer Explosion geführt, die alles jemals Dagewesene in den Schaffen stellt.

Die Einfachheit der militärischen und zivilen Gewalt, dem Umsturz sich von vornherein nicht zu widersehen, verdient alle Anerkennung. Der Vorsatz, schon der Möglichkeit von Blutvergießen zu entsagen, ist zu loben, weil bekanntlich mehrfach scharfe Maßnahmen zum Widerstande getroffen waren. Das Volk im Wassertröckel hat es schließlich dem allein gegen den Revolutionsstrom schwimmenden Oberkommandierenden in den Marken, der Berlin abschneiden, unweit Stendal sogar die Eisenbahngleise aufreißen ließ, den Zeitungen einfach die Vorgänge im Reich zu berichten verboten, dafür aber Truppen von auswärts heranzog, klar gemacht, daß die Deutschen keine chinesischen Kulis sind. Daß es in dem zuletzt ergriffenen Berlin dann nicht so glatt ging wie anderswo nahezu allenthalben, ist auf den Gewaltmenschen Linlingen mit seinem Polizeidirektor Henniger als Berater hauptsächlich zurückzuführen.

Dafür sind jedoch die Hissung der roten Fahne auf dem königlichen Schlosse durch den von der Kriegsgerechtigkeit dem Zuchthaus überlieferten gewesenen Karl Liebknecht und dessen Ansprache aus dem Schlossfenster um so größere Rückschläge gewesen.

Es werden wohl in jeder Stadt etwelche Vorkommnisse bei der sogenannten Entwaffnung des Militärs und der allgemeinen Umschaltung zu verzeichnen gewesen sein, die nicht zu beschönigen, sondern zu bedauern sind. Auch von Plünderungen und „Requisitionen“ wird teilweise berichtet; in Magdeburg werden ausdrücklich Zivilpersonen als schuldiger Teil genannt. In andern Städten waren es Soldaten, die sich vergaßen. Das neue Hamburger revolutionäre Organ geißte „Halbstarren unter dem Deckmantel der roten Schleife“ die Wahrheit. Im allgemeinen jedoch gelang es, den Mob in Schach zu halten. Die proletarische Revolution kann durch solche „Seldentaten“ nicht besleckt werden, aber ungerührt dürfen diese Lockerungen der Moral auch nicht bleiben.

Die mit der Revolution verbundenen Generallstreiks waren von unterschiedlicher Dauer, mindestens einen halben Tag; vielfach oder überwiegend ging es auch ohne dieses Mittel. Wir sind nicht genau unterrichtet, ob Leipzig mit zwei Tagen (Sonntag und Montag) Längstbauer fast allein steht. Die Unternehmers haben den Lohn voll zu bezahlen und dürfen keine Entlassungen vornehmen. Militärische Posten standen vielfach vor den Betrieben, gingen zum Teil auch kontrollierend hinein, ob jemand arbeite. Dadurch war in den nicht freigegebenen Gewerben der Generallstreik bis auf kleinere oder abgelegene Betriebe allgemein.

Wenn der Beamtenapparat und die Landwirtschaft nicht passiv Resistenz üben, wird über die sehr kritische erste Zeit hinwegzukommen sein. Von der Beamtenklasse, auch den dirigierenden Personen, kann weitere Pflichterfüllung schon gemeldet werden. Das Kaiserium ist nicht mehr zum „Dienst am Volke“ gekommen; es gibt nun Gelegenheit für andre dazu. Die Landwirte werden sich hoffentlich daran ein Beispiel nehmen. Sogar die „Leipziger Volkszeitung“, die an Exaltationen über den Sieg des Proletariats wahrhaftig nicht sparsam ist, spricht von ernster Lage und von einem furchtbaren Erbe für das werktätige Volk in gegenwärtiger Situation. Es ist wirklich sehr rasch, nicht wieder in den Begeisterungsstau der Augusttage 1914 zu verfallen, möge dafür auch berechtigtere Veranlassung geltend gemacht werden. Die Erlasse aus Berlin wie die ortswaisen Bekanntmachungen, Aufrufe und Ermahnungen der Arbeiter- und Soldatenräte reden von der recht ernsten Situation in deutlicher Sprache.

Der Hunger ist der Gevatter des neuen Deutschland! Von dem die einen als von einer sozialen, die andern von einer sozialistischen, wieder andre von einer demokratischen und sozialen Republik und noch andre als vom freien, republikanischen Deutschland in hohen Tönen zeugen und verkünden. Es rauscht im sozialdemokratischen Blätterwalde halt noch etwas durcheinander. Was auch ein Zeichen ist, daß alles überstürzt kam und eigentliche Vorbereitungen nicht getroffen waren. In Leipzig sollte es sozusagen programmäßig erst zu Anfang dieser Woche losgehen. Es sind also weit mehr die Kieler Funken, die den Brand entfacht haben, als die bolschewistische Propaganda.

Von dem russischen Bolschewismus bleiben wir hoffentlich auch ferner verschont. Wenn es auch bei den Geburtswehen einer andern Staatsordnung nicht ohne Diktatur abgehen mag, der Fütterungsprozess muß dann zur wahren und freiesten Demokratie führen. Der Bolschewismus in Rußland hat den Hunger dort noch sich verschlimmern lassen. Wir in Deutschland sind durch die von der Entente diktatur aufgestellten wahnwitzigen Waffenstillstandsbedingungen dem schlimmsten Elend ausgeliefert, wenn nicht eine Milderung zu erreichen ist. Um so mehr dürfen die Errungenschaften der Novembertage 1918 nicht von kleinen Volksteilen in dem Sinne: „Freiheit, wie wir sie meinen“ beeinflusst werden, sondern das deutsche Volk soll nach dem demokratischen Willen der Gesamtheit aus der Trübsal dieser Zeit einer schöneren Zukunft des Friedens und der Freiheit zugeführt werden.

Papiernot und Papierverfeuerung

XXXVIII. Pressefreiheit — Papiernot!

Unter dieser Überschrift feiert das österreichische Verbandsorgan „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 8. November den großen Umsturz, begrüßt die endlich erlangte Freiheit der Presse, beklagt aber im gleichen die noch verschlimmerte Papierlage: Soll nicht die junge Pressefreiheit vom Schlandrian der alten Papiernot um ihr Wirken auf lange Zeit hinaus betrogen werden, müsse hier rasch und gründlich Abhilfe geschaffen werden!

Für Deutschland brachte der „Zeitungsverleger“ vom 8. November über die Papierverföhrung sehr kritisch gehaltene Mitteilungen. Auch wir können in einem Atemzuge die junge Freiheit begrüßen, dürfen uns nun wirklicher Pressefreiheit erfreuen, sind aber in ihrem Gebrauch auf das äuserste eingeschränkt, wie es der immer reduziertere werdende Umfang der Tagespresse augenfällig macht. Das alles paßt schlecht zusammen, gleich so vielem in diesen Tagen riesenhaften Gebärens.

Wie der Verein Deutscher Zeitungsverleger seine Mitglieder benachrichtigt hat, ließ die Kriegswirtschaftsstelle dringende Aufforderung zur größten Zurückhaltung beim Papierverbrauch ergehen. „Papierlieferung nächster Zeit unjücher“ und Empfehlung besonderer Einschränkung zur Vorkursbildung drohte sie an die größeren Tageszeitungen. Im „Zeitungsverleger“ wird dem hinzugefügt, daß mit Stillstand einer größeren Anzahl von Druckpapierfabriken gerechnet werden müsse. Aus nicht bei Ausbleiben von Papierendungen zum Einstellen der Zeitung gezwungen zu werden, sei unbedingt zur Anlegung eines kleinen Vorrates zu schreiten.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat unterm 6. November dem Verein Deutscher Zeitungsverleger auch noch eröffnet, daß die Lage des Druckpapiermarktes sehr ernst sei. Jeder unberechtigte Mehrverbrauch an Druckpapier müsse verhindert werden. Die Verleger, die sich streng an die Bestimmungen halten, dürften nicht zu Schaden kommen, weil sich andre ungekräft über die Verbrauchsvorschriften hinwegsetzen. Die mehrverbrauchenden Verlage dürfen jetzt auch nicht mehr damit rechnen, nach und nach die Überschreitung einiparen zu können. Es werde keinerlei Nachsicht mehr geübt werden ihnen gegenüber, sie hätten auch Einleitung des Strafverfahrens zu gewärtigen. Nachdem das schon öfters angekündigt worden ist, sollte mit dem rückichtslosen Vorgehen im Interesse gleichen Rechts für alle nur Ernst gemacht werden.

Wenn die gänzlich veränderte politische Lage wohl die Lieferung von Papier- und Spinnstoffen für Seeresdienste stark zurückgehen lassen wird, so gibt doch vorderhand die Kohlennot Anlaß zu schlimmsten Beschränkungen, aus Böhmen kommt ja auch keine Kohle mehr herein. Dann aber wird der an und für sich schon große Mangel an Lokomotiven und Eisenbahnwaggons durch die äußerst draakonischen Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten zu ganz bedenklichen Zuständen führen und die Papierzuföhr noch mehr beeinträchtigen. Die Lage des Papiermarktes ist also in der Tat sehr ernst. Pressefreiheit und Papiernot stehen daher in schärfstem Widerspruch! Das Ende des Weltkrieges schafft auch hier eine gefährliche Situation. Die in Nr. 112 eröffneten trüben Aussichten haben sich also noch in härterer Maße verschlimmert.

XXXIX. Weitere Verfeuerung des Zeitungspapiers.

Vom 1. November ab, mit Gültigkeit bis 31. März 1919, ist der Aufschlag auf den Friedenspreis (21,40 Mk.) für Rollenpapier auf 42,25 Mk. und für Flachdruckpapier auf 46,25 Mk. erhöht worden. Das macht in beiden Fällen eine Steigerung von 8,75 Mk. aus, ist also eine der größten der kurzfristigen Preissteigerungen. Es bleibt leider dabei, daß diese Preissteigerungen sich nur auf Tageszeitungen beziehen. Die Gewerkschafts- und sonstigen Wochenblätter sollen

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zum Frieden und zur Demokratie, XI. — Zwei Eingaben des Tarifamtes. — Zur Frage der Normalisierung. — Papiernot und Papierverfeuerung: XXXVIII. Pressefreiheit — Papiernot! — XXXIX. Weitere Verfeuerung des Zeitungspapiers. — Korrespondenzen: Berlin (M.-G.). — Swinemünde. — Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungsverfeuerung. — Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. — Vergewöhnung von Zeit und unnötige Benutzung der Verkehrsmitel. — Die Stuttgarter Buchdruckerstreik zur Übergangswirtschaft. — Rohvereinbarung für die Zimmerer.

Abrechnung der Zentralnollendkasse i. B. für zweites Quartal 1918.

also auch ferner die Benachteiligten sein, obwohl der Reichstagshauptauschuß sie im Juli mit Einstimmigkeit gleichgestellt wissen wollte mit den Tageszeitungen. Ob sich das neue Regierungsgement dieses Beschlusses erinnern und annehmen wird?

□ Zwei Eingaben des Tarifamtes □

Das Tarifamt hat am 18. Oktober in Gemeinschaft mit den Organisationen unres Gewerbes: Deutscher Buchdruckerverein, Verband, Gutenberghund, Hilfsarbeiterorganisation, je eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt und an die Reichsbeleidungsstelle gerichtet.

In der gemeinsamen Eingabe an das Kriegsernährungsamt ist zu bemerken: Bekanntlich hatten im Januar 1918 sowohl das Tarifamt als unsere Organisation und auch der Gutenberghund mit im Effekt gleichen Eingaben eine Besserstellung der im Buchdruckgewerbe Beschäftigten durch das Kriegsernährungsamt zu erreichen getrachtet. Der Bescheid lautete abschlägig. In Nr. 12 sind die Antworten an die Organisationsleitungen und unser Kommentar dazu nachzulesen. Wir haben uns dadurch nicht abhalten lassen, sondern propagieren nun drückendes Vorgehen, empfohlen aber auch, die Prinzipalität zum Mitverfüßigwerden bei den Behörden zu bestimmen. Das ist verschiedentlich geschehen; in der Saupflichte blieb aber die Gehilfenschaft auf eigenes Handeln angewiesen. Die Verfügungen in der „Rundschau“ über Bewilligungen sollten zum Ansporn dienen, die Behandlung der Ernährungsfragen der Buchdrucker in Urteilsform — seit jenem 29. Januar lechmal geschehen — der Belehrung, Information und Zusammenstellung über die erzielten Fortschritte.

Das gemeinsame Vorgehen vom 18. Oktober unter Führung des Tarifamtes stellt auch einen Fortschritt dar; durch seine Geschlossenheit einmal und zum andern wegen seines weitgehenden Zieles: die Anerkennung des in Buchdruckereien tätigen Personals als Schwerarbeiter. In der Eingabe wird auf die vom 14. Januar zurückgegriffen, werden die Erfolge bei den Sammalbehörden zusammengefaßt angeführt, aber auch die vielen Widersprüche in der Behandlung der Buchdrucker hervorgehoben. Die Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse sind Betonung und dazu der Umstand, daß die stark zusammengeschmolzenen Personale die Herstellung der im öffentlichen und allgemeinen Interesse gelegenen Arbeiten nur noch mit erheblicher Überarbeit zu bewältigen vermögen. Die wesentlichsten Momente werden folgendermaßen dem Kriegsernährungsamt vorgeführt:

An gutem Willen, diese Mehrleistung an Arbeit aufzubringen, hat es bisher bei dem Personal der Buchdruckereien nicht gefehlt. Diese Überanstrengung bei völlig unzureichender Ernährung hat aber ein dauerndes Nachlassen der Arbeitskraft zur Folge, und das Buchdruckgewerbe steht heute vor der Tatsache, daß die Personale sich körperlich außerstande erklären, die von ihnen verlangte Überarbeit und Sonntagsarbeit noch ferner leisten zu können, wenn nicht für eine bessere Ernährung schnellstens Sorge getragen wird. Diesem Verlangen wird an allen Orten Ausdruck gegeben.

Es handelt sich bei diesen Verlangen der Arbeiterschaft bestimmt nicht darum, besser als die Allgemeinheit des Volkes ernährt zu werden, sondern dieses Verlangen entspricht dem immer fühlbarer werdenden Zusammenbruch der Arbeitskraft, die der Erfüllung der unentbehrlichen Arbeitsleistungen nicht mehr gewachsen ist und versagen muß, ohne Rücksicht auf die Folgen, die aus dem Liegenbleiben der vorliegenden, nicht zu entbehrenden Arbeitsaufträge entstehen müßten.

Es ist das ein Anschauungsunterricht, wozu die Kriegsernährungs- und Ernährungs politik geführt hat: immer weniger Arbeitskräfte, jedoch mehr Arbeit, viel Überarbeit, steter Rückgang der Ernährungsweise, Verminderung der Arbeitsleistung trotz guten Willens, den Anforderungen zu genügen, Zusammenbruch, Liegenbleiben auch der dringendsten Arbeiten. Diese Eingabe wird für spätere Zeiten ebenfalls ein Dokument bilden für die „Kulturosepe“ des Weltkrieges. Unter allen Umständen bleibt sie aber eine Anerkennung der Leistungen der Gehilfen bei Obwalten der allerschwerigsten Verhältnisse.

Auf das solchermäßen eindringlich begründete Gesuch um Einreihung des in Buchdruckereien beschäftigten Personals in die Liste der Schwerarbeiter lautet der Bescheid des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes wieder ablehnend, und zwar wie folgt:

Auf das Schreiben vom 18. Oktober 1918 erwidere ich ergebnislos, daß ich leider dem Antrag um Aufnahme der in Buchdruckereien beschäftigten Personen in die Liste der Schwerarbeiter nicht zu entsprechen vermag. Ich verheißte mich keineswegs der außerordentlich hohen Bedeutung, welche das Gewerbe der Buchdrucker

für unser ganzes Wirtschaftsleben hat. Ich erkenne auch an, daß Ihrem Personal durch weitere Abberufungen zum Seeresdienste steigend höhere Leistungen abverlangt werden müssen, die bei den anhaltend ungünstigen Ernährungsverhältnissen ungewöhnlich hohe Ansprüche an die Arbeitskraft des einzelnen stellen. Ich muß aber darauf verweisen, daß die meisten andern Gewerbe unter den gleichen Verhältnissen leiden, und daß die Ernährungsfrage es mir unmöglich macht, den Kreis der zulageberechtigten Personen durch generelle Anweisungen von der Zentralstelle aus zu erweitern. Es darf doch auch nicht verkannt werden, daß die Verhältnisse je nach dem Umfange des Betriebes, nach seiner Zugehörigkeit zu einer Groß- oder Kleinstadt mit mehr oder minder günstiger Lebensmittelversorgung u. a. m. erhebliche Verschiedenheiten aufweisen. Deshalb wäre es durchaus unangebracht, den Kommunalverbänden in das ihnen übertragene Recht der Anerkennung von Schwer- und Schwerstarbeteilern hineinzuerebnen, und ich muß mich zu meinem Bedauern darauf beschränken, auf die Ausführungen meines Schreibens C III 465 vom 19. Januar 1918 zu verweisen.

Wenn es auch ein Verhängnis war, den das Tarifamt und die Organisationen unternommen haben, so begrüße wir ihn um der guten Absicht wegen. Uns ist häufig die Frage gestellt worden, ob denn nicht wieder einmal etwas auf ganz altem Weg unternommen werden könnte; nach Lage der Sache haben wir in unsern Ernährungsartikeln oder im Briefkasten die Möglichkeit verneint. Aus Prinzipalskreisen wird namentlich der Schwierigkeiten mit den Überstunden wegen auch mancher Anstoß gegeben worden sein. Nun hat es sich erwiesen, daß nichts zu machen ist unter dem Regime Waldow.

Die inzwischen auch schon wieder zurückgetretene Regierung hatwische Besserung der Ernährungsverhältnisse bald nach Friedensschluß in dem Aufrufe vom 4. November versprochen. Am 7. November aber kündigten der Staatssekretär und der Vorstand des Kriegsernährungsamtes eine Erhöhung der Brotaktion schon zum 1. Dezember an, die gleich darauf mit 40 g näher bezeichnet wurde. Aufrechterhaltung der Ordnung und ungeförte Lebensmittelzuföhr wurden aber als Voraussetzung betont. Der politische Umsturz vom 8. und 9. November wird nun eher zu einer schweren Ernährungsfrage führen, als vorderhand Besserung bringen. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden da eine suchbare Aufgabe haben. Das Volk aber und wir Buchdrucker im speziellen sind lo oder lo, unter dieser oder jener Regierungsform, am Ende der Straß. Das wird laut und deutlich gesagt werden müssen, mögen die Machthaber belien, wie sie wollen.

Das Vorkessigwerden bei der Reichsbeleidungsstelle erfolgte zum erstenmal und richtete sich auf die Beschäftigung mit Arbeitsanzügen für das an Sehmäschinen, Druckmaschinen und in der Stereoskopie beschäftigte Personal. Das Tarifamt erklärte in Abereinstimmung mit den Organisationen, die genannten Arbeitergruppen hätten ihren Arbeitgebern zu versetzen gegeben, sie müßten um die Vermittlung von Arbeitskleidern eruchen. Die vorhandenen seien abgeriffen, eine Neubeschaffung unmöglich, ausgeschlossen aber auch die Verdrückung der Arbeit in Straßenkleidern. Das Tarifamt machte daher die Reichsstelle darauf aufmerksam, daß eine Menge ganz unentbehrlicher Arbeitsleistungen nicht mehr verrichtet werden könne, wenn nicht die Reichsbehörde durch entsprechende Anweisungen recht bald Entgegenkommen zeige.

Die Reichsbeleidungsstelle hat darauf geantwortet:

„Da Druckereibetriebe unter den in Ziffer 3 der Richtlinien aufgeführten Berufsgruppen nicht enthalten sind, so kommen für diese Betriebe nur Starkeverbraucher in Betracht, deren Versorgungsberechnung im letzten Satze dieses Absatzes anerkannt wird. (Anmerkung des Tarifamtes. Dieser Absatz lautet: „Bei andern kriegswichtigen Betrieben kann in Ausnahmefällen für Außenarbeiter und Starkeverbraucher, z. B. für Maschinenisten, Schlosser, Fabrikfeuerwehren, Fabrikwächter usw. Berufskleidung bewilligt werden.“)

Anträge auf Bewilligung von Bezugsscheinen bzw. Lieferung aus unsern Beständen müßten von den einzelnen Betriebsunternehmern auf einer Bedarfsanmeldung über die zuständige Kriegsamtsstelle hier einberechnet werden, wobei die Zahl und Beschäftigungsart der versorgungsberechtigten Personen besonders anzugeben ist. (Anmerkung des Tarifamtes: Bedarfsanmeldungen [Vordruck Nr. 224] sind erhältlich bei Z. S. Preuß. Berlin S 14, Dresdner Straße 43; C. Huber, München, Schönfeldstraße 12, und W. Kohlhammer, Stuttgart, Urbanstraße 14. Der unerläßliche Bedarf an Berufskleidung ist bei dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten anzumelden, der den Antrag über die zuständige Kriegsamtsstelle der Reichsbeleidungsstelle Verwaltungsabteilung [Abteilung H] in Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, weiterreicht.)

Nichtversorgungsberechtigte Arbeiter, und sofern es sich um Beschaffung von Kleidungsstücken handelt, die nicht unter Ziffer 2 als Berufskleidung aufgeführt sind, müssen sich einzeln an ihre örtliche Bezugseinstelle wenden und versuchen, sich die bewilligten Gegenstände im freien Handel oder aus den Beständen zu beschaffen, die seitens der Reichsbeleidungsstelle den Kommunalverbänden zur Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt sind. . . .

Bei der großen Knappheit der Bestände dürfte wenig Aussicht vorhanden sein, auf dem von der Reichsbeleidungsstelle angedeuteten Wege zur Versorgung mit Berufskleidung zu gelangen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen,

das aus den riesigen Stoffbeständen aller Art des Militärs nun eine bessere Versorgung der Stillbevölkerung in Angriff genommen werden kann, so daß wohl auch Arbeitsanlässe eher zu beschaffen sind. In Leipzig hat das neue Regiment mit solcher Vorzüge für die Bevölkerung schon begonnen.

□ Zur Frage der Normalisierung □

Um eine Vereinheitlichung auf allen Gebieten der deutschen Industrie durchzuführen, damit eine Vereinfachung der Herstellung, Steigerung der Leistungsfähigkeit und Minderung der Selbstkosten aller Erzeugnisse erzielt werde, wurde im Dezember 1917 in Berlin ein Normenausschuß der deutschen Industrie begründet. Daraufhin beschloß der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins, auch die Interessen des Buchdruckgewerbes bei diesen Bestrebungen wahrnehmen zu lassen und lehnte zu diesem Zweck einen aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschuss ein. Die Erlebung der geschäftlichen Angelegenheiten (Schriftführung usw.) wurde dem Wirtschaftsamte des Deutschen Buchdruckervereins übertragen.

Nach Beendigung der erforderlichen Vorarbeiten, besonders der Prüfungnahme mit dem verwandten Berufsstand, konnte ein erweiterter Ausschuss einberufen werden, welcher unter dem Namen „Normenausschuß für das graphische Gewerbe“ am 14. Oktober d. J. im Saalzimmer des Deutschen Buchgewerbes tagte. In dieser Sitzung waren außer dem Ausschuss des Deutschen Buchdruckervereins, dem Generalsekretär und dem Direktor des Wirtschaftsamtes dieses Vereins vertreten: Bund der chemographischen Anstalten (Berlin), Verband deutscher Buchbindereibetriebe (Leipzig), Deutscher Faltlocherbund (Berlin), Typographische Gesellschaft zu Leipzig, Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften (Leipzig), Berliner Typographische Gesellschaft, Verband Deutscher Steindruckereibetriebe (Leipzig), Vereinigung Deutscher Schnellpressfabriken (Würzburg) und Verein Deutscher Schriftgießereien (Leipzig).

Als Rechnungsführer des Deutschen Buchdruckervereins, dessen besonderem Arbeitsgebiete das Wirtschaftsamte untersteht, begrüßte Herr Säuberlich die Versammlung, wünschend, daß auch dem graphischen Gewerbe die Segnungen zuteil werden, welche man allseitig von der Normenschaffung erhofft. Der Redner gab einen Überblick über die Entfaltung der Normenbewegung und die Stellung des graphischen Gewerbes zu derselben. Er betonte, daß alles, was mit Buchgewerbe und Graphik in Verbindung steht: die Maschinenfabriken, Schriftgießereien, chemographische Anstalten, die Papierherstellung, -verarbeitung und der Papierhandel, die Drucker, Buchbinder, Buchhändler, zusammenreifen und in gemeinsamer Arbeit das gesteigerte Ziel zu erreichen suchen müssen. Graphik und Buchgewerbe, hob Herr Säuberlich hervor, gehören zu den Kunstgewerben, bei ihnen könne die Schablottierung nicht so weit geführt werden wie bei Berufen mit rein praktischer, mechanischer Betätigung. In unserm Berufe würden Geschmack und Mode, die mit der Zeit wechseln, immer von Einfluß bleiben. Aus diesem Grunde dürften wir uns jedoch nicht binden lassen, Papierformate und dementsprechend Maschinengrößen festzulegen sowie durchgreifende Bestimmungen über Schriftlinie, Plattenstärke usw. und bezüglich mancher viel umstrittener Frage, wie z. B. die Stellung des Rückenmittels bei Büchern, zu treffen.

Im Anschluß an die Begrüßungsrede wählte die Konferenz zum Leiter der Versammlung und der Arbeiten der Kommission Herrn Säuberlich (Leipzig).

Sodann wurde in die Beratung eingetreten, für welche zwei Referate vorgelesen waren. Das Referat des Herrn Kommerzienrats Kraus (Stuttgart) lag gedruckt vor, das des Herrn Schwarz wurde mündlich erfaßt. Die Versammlung einigte sich darüber, daß nicht nur die rein buchdruckerischen, sondern auch Angelegenheiten aller Gewerbegruppen, die mit dem Buchdruckgewerbe im Zusammenhang stehen, erörtert und daß technische Normen ermittelt und in gemeinsamer Arbeit festgelegt werden.

Als erstes Beratungsgebiet kam das Papier in Betracht, welches nach Menge, Gewicht und Preisbezeichnung, nach den physikalischen Eigenschaften, Farben und besonders auch nach den Formaten behandelt wurde, die einflußreich auf die Maschinengrößen und vieles andre sind. Angeregt wurde, nur nach 1000 Bogen (Neurles) zu rechnen, die Gewichte anzugeben für 1000 Bogen und für den Quadratmeter sowie die Stoffliche Zusammenlegung der Papiere kenntlich zu machen. Bezüglich der Formatfrage wies die Vertreter des Schnellpressenbaues darauf hin, daß die Druckereien sich künftig mit sechs bis sieben Formaten würden begnügen müssen, damit eine Vereinfachung sämtlicher Stoffen erzielt werden könne. Es sei ein unbilliger Zustand, daß die Fabriken, veranlaßt durch die Sonderwünsche einzelner Besteller, gefaßten wären, unendlich viele Formate herstellen zu müssen, wofür die Allgemeinheit die Kosten tragen müsse. König & Bauer bauten z. B. bisher 14 Formate, Augsburg 33, Böhm & Herber 23, Frankenthal 43, Heibelberg 14, Johannsberg 34, „Planeta“ 35, Scheffer & Cielesche 20. Auch in der Papierfabrikation spielt die Formatfrage eine große Rolle, ebenso hat die Buchbinderei ein bedeutendes Interesse an der Schaffung von Einheitsformaten. Es wurde eine Papierkommission gewählt, welche die gegebenen Anregungen weiter zu verarbeiten hat.

Bezüglich der Schriften entwickelte sich ebenfalls ein lebhafter Gedankenaustausch. In dieser Hinsicht spielte zunächst die Normalschriftlinie, die in Zukunft Einheitslinie genannt werden soll, eine große Rolle. Gewünscht wurde, daß beim Ausschusse die Driftstellung wegfallen

und möglichst nur punktförmiger Ausschub geliefert werden solle. Ferner verlangte man die Schaffung von Einheitsalfbeten, die auf System ausgehen, ebenso Punkturen und andre Zeichen sowie eine Vereinheitlichung der Signaturen. Alles Fragen, die schon seit vielen Jahren die in Betracht kommenden Fachleute beschäftigten und die hoffentlich nun endlich zur Zufriedenheit gelöst werden. Die Vertreter der Schriftgießereien versprachen denn auch, ihr möglichstes zu tun; sie wollen Schriften usw., welche abweichend von den aufgestellten Normen verlangt werden, in Zukunft teurer berechnen. Gegenwärtig seien die Gießereien noch gezwungen, drei verschiedene Lager zu halten, und zwar je eins für Normallinie, Normalhöhe und alte Höhe. Zur weiteren Erlebung dieser Fragen wurde wiederum eine Unterkommission gewählt, welcher zugleich die auf die Stereotypie, Galvanoplastik und Chemigraphie bezüglichen Angelegenheiten mit übertragen wurden.

Annahme trat die Konferenz in die Besprechung des Abschnittes Maschinen ein, welcher teilweise schon unter dem Abschnitt Papier hinsichtlich der Formfrage mit behandelt worden ist. Es wurde ausgeführt, daß die Schnellpressfabriken in dieser Beziehung nicht allein vorgehen könnten, vielmehr müsse der Verein Deutscher Ingenieure durch Schaffung von Normen bahnbrechend wirken. Auch könne es sich nur um die Vereinheitlichung der einzelnen Teile handeln, da der Typus einer Presse als solcher seine Eigenart behalten müsse. Den Schutzvorrichtungen soll eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden; hier tue eine Abhilfe dringend not, weil die Vorrichtungen selbst zum Teil eine Quelle der Gefahren seien. Aber die Zurückfragen entwickelten sich eine längere Aussprache; es wurde betont, daß zersetzende Vorrichtungen sehr viel zur ungenügenden Ausnutzung der Pressen beitragen würden. Die Erörterungen ergaben jedoch, daß ein besonderes Verfahren, hier bestehend einzuschreiben, nicht geschaffen werden kann, weil in erster Linie die Ungenauigkeit des Materials als Ursache für die umfangreichen Zurückfragen anzusehen ist. Als einen der Hauptgründe für vorzeitige Abnutzung des Materials bezeichnete man den Umstand, daß der Zylinderumfang nicht im Einklange mit dem Karrenwege liege, wodurch infolge ungleichmäßiger Abnutzung die Druckform sich schwere.

Eine ausführliche Behandlung wurde auch den Farben zuteil. Man beschloß, eine Unterkommission zu bilden, welche die besprochene Stoffliche Zusammenlegung der Farben, Angaben über Lichtbeständigkeit und eine einheitliche Bezeichnung sowie alle sonstigen einschlägigen Fragen weiter bearbeiten soll.

Der Bericht über diese Sitzung des Normenausschusses für das graphische Gewerbe ist durch Druck vervielfältigt worden. Er enthält auch die Arbeitspläne der Unterausschüsse sowie die Zusammenlegung derselben. Als Veröffentlichung I des Normenausschusses kehrt dieser Bericht allen zur Verfügung, denen die Förderung der vorstehend besprochenen Bestrebungen am Herzen liegt. Zu beziehen ist der Bericht durch das Wirtschaftsamte des Deutschen Buchdruckervereins, Leipzig, Buchgewerbehause, rk.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenleherverein.) Nachdem in der Versammlung vom 3. November unsere Kolen geehrt und die Feldpostkarte bekanntgegeben waren, zeigte Kollege Braun an einem Beispiele, wie auch in unserm Berufe der Bucher um sich greift; die Luftfracht — nach dem Wiener „Vorwärts“ — ein Auftraggeber die Herstellung von Trauerbriefen mit zwei Jenster Getreide bezahlen! Dann besprach der Vorsitzende die jetzt wichtigste Frage der Übergangswirtschaft und gab weiter seiner Genugtuung Ausdruck über unsern letzten Familienabend. Die Vergnügungskommission legte das Programm des Heltens Abends am 5. Januar vor. Als Vertreter unser Sparte im Gauorkomitee wurde wiederum Kollege Braun vorgeschlagen. Die Kollegen Bierath und Braun vertraten in längeren Ausführungen in der Vermählungsfrage unser „Technische Mitteilungen“ mit den „Typographischen Mitteilungen“ noch einmal den prinzipiellen Standpunkt, daß nur ein Kongreß die Vermählungsfrage regeln könne. Die Versammlung schloß sich diesen Ausführungen einstimmig an. Drei Neuaufnahmen. Nächste Versammlung 1. Dezember. — Nach Schluß der Versammlung „Technische Auseinandersetzungen“.

L. Eutinmünde. In der Monatsversammlung am 25. Oktober wurde nach kurzem Hinweis auf die sich vollziehende Umgestaltung der Welt- und Wirtschaftsordnung vom Vorsitzenden festgestellt, daß die letzten Zeugnisszulagen von den hiesigen Prinzipalen bereitwilligst anerkannt und ausgezahlt wurden. Das Ergebnis der hierüber geführten Aussprache war die Annahme einer Resolution, die eine wesentliche Milderung der Notlage der Gehilfenschaft verneint. Während am Ort alle farblichen Bestimmungen aufrechterhalten werden konnten, steht in den Orten Wolgast und Zorgelew die Beurlaubung in hoher Wäute. Maßnahmen hiergegen sollen unternommen werden.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Ernst Pieper (Bemath), W. Buchs

(Wilsdorf), Erich Wöhe (Hamburg), Martin Oppermann (Oranienbaum), Erich Sannack (Striegau), 6445 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Nachahmerywerke Beipiele. In Leipzig erhielt das Gesamtpersonal der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, auch die Beurlingte, die Dezemberzulage bereits ab 15. Oktober auszubezahlt, und zwar für den Monat November im voraus. — Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ u. G. in Königsberg hat in dieser Woche ihrem Personal einen Wochenlohn nebst Feuerungszulage extra auszahlen lassen.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Nach wiederholter Eingabe sind sämtliche Gehilfen, Beurlingte und Hilfsarbeiter in Eutinmünde als Schwerarbeiter anerkannt worden. — Auf eine neuerliche, mit entsprechenden schriftlichen Ausführungen belegte Eingabe an das Bezirksamt Altföcking erhalten nun die Buchdruckergehilfen dieses Bezirkes eine auf 125 g pro Tag erhöhte Profzulage (bisherige Zulage: 50 g pro Tag). Auch die Prinzipale waren um Unterstützung und Beistützung dieser Eingabe erlucht worden.

Vergütung von Zeit und unnötige Benutzung der Betriebsmittel. Auf Grund der unter dieser Stichmarke in Nr. 127 und 128 des „Korr.“ veröffentlichten Notiz haben wir verschiedene Zuschriften erhalten, die das vor uns Gesagte bestätigen und ergänzen, zum Teil aber auch berichtigen. Die Angelegenheit zeigt, mit wie wenig Übersicht verfahren wurde sowie daß das vielerfachste deutsche Organisationsstatut durchaus nicht allseitig zu finden ist. In einer kleinen Stadt wurde z. B. vom Kriegsminister verlangt, daß sich Maschinenmeister auf vier Wochen freiwillig zur Verfügung stellen sollten. Bei Erfolglosigkeit würden einzelne Betriebe stillgelegt werden. In einem andern Falle wurde ein 56 Jahre alter Kollege, welcher in einem hilfsdienstpflichtigen Betriebe beschäftigt war, vom Einberufungsausschusse zur sofortigen Annahme des betreffenden Angebots zu gewinnen gesucht. Als er aus verschiedenen Gründen die Zulage verweigerte, drohte man ihm mit zwangsweiser Einberufung. Erst als die betreffende Geschäftsleitung den Ausschuss auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften verwies, wurde von der Einberufung Abstand genommen. Vom Berliner Gauorkomitee wird uns nun dankenswerterweise eine ausführliche Schilderung des Vorkommnisses gegeben. Nach diesen Ausführungen hat sich die Sache folgendermaßen zugezogen: Durch die große Banknotenknappheit sah sich die Reichsbank veranlaßt, auf einen umfangreichen Druck von Fälschungsscheinen (300 Millionen) hinzuwirken. Da dies ohne genügendes Personal nicht möglich, so trat das Kriegsamt helfend bei und beorderte innerhalb 24 Stunden mehrere hundert Drucker aus dem gesamten Reiche nach Berlin. Die Zahl läßt sich noch nicht ganz genau feststellen. Jedenfalls sind es über dreihundert Zivilisten und Abkommandierte. Es sind aber bei weitem mehr, denn vierhundert Kollegen, abkommandiert worden. Von der Lindenstrasse aus wurden nun die Ersatzkräfte in die Druckereien befördert. Zwölf Firmen bereiteten sich an dem Druck. Die einzelnen Firmen erhielten fünf bis zwanzig Ersatzkräfte, bis auf die Reichsdruckerei, die etwa 200 Ersatzkräfte für sich allein beanspruchte, um sie zu allen möglichen Arbeiten zu verwenden. Von den eingestellten Ersatzkräften sind etwa 30 hilfsdienstpflichtig und befanden sich in Kondition, die andern sind Soldaten und für die Zeit des Druckes abkommandiert. In den Druckereien ist zur Herstellung der Banknoten bis auf wenige Gehilfen nur alles, ständiges Personal beschäftigt. Sie erhalten für diese Ertragsarbeit zu ihrem Wochenlohn eine Zulage von 20 Mk., in einer Druckerei zu diesen 20 Mk. noch 18 Mk. pro Woche extra, also 38 Mk., und zwei altherwährte, allergrößte Druckereien zahlen als Entschädigung pro Woche 18 Mk. In der Reichsdruckerei ist von einer Entschädigung bis jetzt noch nichts verlausbart. Die Säle, in denen die Banknoten hergestellt werden, sind militärisch überwacht. Auf den Fluren zwei Soldaten mit Gewehr und in dem Druckraum militärische Aufsichtspersonen. So steht das Bild bei den Firmen aus, in welchen zur Zeit Banknoten hergestellt werden. Nun eine andre Seite. Dies betrifft diejenigen, die nach Berlin berufen wurden, verbeurlaubt sind, einen großen Familienstand oder sonstige Verpflichtungen haben und denen man einen Wochenlohn von 75 Mk. bot, ohne jede Rücksicht auf ihre Familienverhältnisse. Daß diese Kollegen die Kondition ausschlugen, war ganz selbstverständlich. Denn von was sollten sie denn ihre Familien erhalten? Man ließ die Gehilfen wieder nach ihrem Konditionsort abziehen, ohne ihnen die geringste Unterstützung zuteil werden zu lassen. Nur wenige Fälle sind uns bekannt, wo die Betroffenen für jeden Tag des Aufenthaltes in Berlin 15 Mk. pro Tag Entschädigung erhalten haben. Aber abgesehen von der Entschädigung; wie ist es möglich, in so planloser Form Arbeitskräfte en masse zu beordern, ohne Arbeit für sie zu haben oder anderseits ihnen nicht geeignete Mittel zur Verfügung zu stellen, daß sie und ihre Familien existieren können? Die Gehilfen können jetzt leben, wie sie zu ihrem Rechte kommen. Verantwortlich dafür ist das Kriegsamt und die technische Stelle, die bei Beurteilung des Umfangs der Arbeit ins uferlose Ersatzkräfte nach Berlin beorderte, ohne vorher sich bemüht zu sein, wie groß die Zahl der Arbeitskräfte für den vorhandenen Druck sein müsse. Diese Schilderung läßt erkennen, daß es sich allerdings nicht nur um drei Drucker gehandelt hat, welche die Reichsdruckerei benötigte, ferner, daß auch für andre Druckereien Maschinenmeister gebraucht wurden. Im großen und ganzen trifft aber der Vorwurf zu, daß die in Betracht kommenden Stellen entweder in vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse oder aber außerordentlich leichtfertig gehandelt haben.

Die Stuttgarter Buchdruckerbesteller zur Übergangswirtschaft. Der Verein Stuttgarter Buchdruckerbesteller

